

# „Tag der Befreiung – Erinnerung für die Zukunft“<sup>1</sup>

Von Rolf Wernstedt<sup>2</sup>

In diesem Jahr über Erinnerung an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu reden ist schwieriger als in den vielen Jahren davor. Wir haben diesen Tag schon immer als „Tag der Befreiung“ bezeichnet und so eingeordnet. Das war in Deutschland keineswegs eindeutig. In ganz Deutschland waren die Menschen froh, dass der Krieg zu Ende war, der so viel Leid über fast alle gebracht hatte. Insofern war er für alle eine Befreiung. Aber als Befreiung vom Faschismus oder genauer vom Nationalsozialismus wollten es die meisten nicht sehen. Die Mehrheit in Deutschland sah die Kapitulation als Tag der Niederlage. Und noch bis in die 50er Jahre hinein mussten sich in Westdeutschland die Befürworter des Widerstands vom 20. Juli 1944 als „Vaterlandsverräter“ vielfach rechtfertigen.

In der Sowjetzone und der DDR war der 8. Mai immer der schulfreie Tag der Befreiung.

Dort hatte man durch die Erklärung der sozialistischen Staatsform alle Einwohner gleichsam von Verantwortung für den Nationalsozialismus freigesprochen. In Stalins Note von 1952 wird ausdrücklich die Verantwortung auf die schon verurteilten Nationalsozialisten reduziert. In der DDR-Schule galt der Satz von Stalin: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen“.

In einem jahrzehntelangen Diskussionsprozess hat sich in der Bundesrepublik eine Sichtweise herausgebildet, die den komplexen Zusammenhang von Verantwortung, Schuld und historisch-politischer Einordnung herausgebildet hat. Ich will nur Stichworte nennen: Der Auschwitz-Prozess der 1960er Jahre hat

eine Besinnung darüber ausgelöst, dass die systematische und industrielle Vernichtung der Juden sowie der Sinti und Roma mit völkisch-nationalistischer Begründung eine nicht zu relativierende Schuld-Dimension hat. Die Studentenrevolte der 1960er Jahre hat dies in sehr drastischen Formen mit ermöglicht, so dass seit den 1960er Jahren eine breite Diskussion über die politischen Zusammenhänge stattfand. Endlich wurde auch in den Schulen der Geschichtsunterricht nicht mehr mit dem Jahre 1933 abgebrochen. Historische und politische Wissenschaften unterlegten die Urteilsfindung mit umfangreichen Detailuntersuchungen. Man muss aber wissen, dass sich die Mehrzahl der Deutschen als Opfer empfand, die ihre eigenen Verluste und Schmerzen beklagten. Heimatvertriebene, Bombenopfer, Wehrmachtstote, Gefangene und andere Betroffene sahen sich und ihr Schicksal, aber nicht den Zusammenhang, der auch ihre Denk- und Handlungsweise vor und nach 1933 betraf. Eines der markantesten Beispiele für diese Grundhaltung ist die gut nachvollziehbare Klage der betroffenen Deutschen über die etwa 1 Million in sowjetischer Gefangenschaft umgekommenen deutschen Soldaten. Aber über die etwa 3 Millionen in der Gefangenschaft der Wehrmacht umgekommenen sowjetischen Soldaten verlor man Jahrzehntlang fast kein Wort. In Niedersachsen liegen davon mehr als 150 000.

Es gab keine Erinnerungskultur, sondern viele Erinnerungskulturen in Deutschland. Unabhängig von der Diskussion über die Judenvernichtung, die nach dem Film von 1979 als Holocaust verstanden wird, entwickelte sich eine Diskussion über die Mitverantwortung der deutschen Wehrmacht für den völkerrechtswidrigen Charakter des Zweiten Weltkrieges. Der historische Revisionsversuch der Relativierung der deutschen Verantwortlichkeit unter Einschluss der Wehrmacht ist im sogenannten Historikerstreit 1986 ff. gescheitert. Und die Wehrmachtausstellung 1997 ff. machte der totalen Unschuldsvermutung der Wehrmacht endgültig ein Ende. Erst 1997 hat der Bundestag

1 Rede bei der Veranstaltung des Forums für Politik und Kultur, FES Niedersachsen, DGB, ver.di-Bildungswerk, Arbeit und Leben am 8. Mai 2022 im Alten Magazin in Hannover.

2 Rolf Wernstedt ist ehemaliger niedersächsischer Kultusminister und Präsident des Niedersächsischen Landtages, er war unter anderem langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Präsident der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft.

in einem einmütigen Beschluss festgestellt, dass der Zweite Weltkrieg im Osten ein Angriffs- und Vernichtungskrieg war. Die Wehrmachtsführung hatte es zugelassen, dass die Regeln des internationalen Völkerrechts gegenüber den slawischen Ländern nicht gelten sollten. Hinter diese Erkenntnis kann und will außer wenigen niemand mehr zurück. Das bedeutet natürlich nicht, dass jeder deutsche Soldat als Kriegsverbrecher zu sehen ist. Aber dass jeder deutsche Soldat unabhängig von seiner möglichen individuellen Schuld oder Unschuld in einem verbrecherischen Zusammenhang stand, ist unbestritten. Deswegen kann man ohne Zögern davon sprechen, dass unabhängig vom individuellen Charakter über jedem deutschen Soldatenfriedhof der Schatten des Holocaust liegt. Der symbolische Ort dieser Gesamtverantwortung sind die vielen Gedenkort und Monumente, vor allem aber das Stelenfeld in Berlin am Brandenburger Tor.

Die Deutschen in Ost und West haben sich seit 1945 deshalb in kriegerischen Verlautbarungen zurückgehalten. Die Sprache war nicht militaristisch. Und im sogenannten Kalten Krieg waren die Positionen verhärtet, aber nicht provokativ, weil sich unter der Erfahrung der Atombombe niemand mehr einen großen Krieg vorstellen konnte und ihn auch nicht wollte. Gleichwohl hat die Abneigung gegenüber der Sowjetunion und ihrer Politik in Deutschland manches negative Vorurteil aus der Nazi-Zeit und davor gegenüber den „Russen“ scheinbar bestätigt und damit die notwendige Aufarbeitung erschwert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Imperiums in den Jahren 1989 - 1991 schien es so, dass die Einheit Deutschlands und die nationale Souveränität der mittel- und osteuropäischen Länder des ehemaligen Warschauer Paktes ein stabiles und friedliches Europa auf lange Sicht garantieren würden. In Deutschland ist das nationalistische Narrativ durch die verbrecherische, völkermörderische Implikation endgültig korrumpiert. Das zu wissen und nicht zu vergessen bleibt ein ständiger Auftrag historischer und politischer Bildung und der daraus zu gestaltenden Politik.

Wir haben aber bisher vielleicht zu wenig wahrgenommen und darüber nachgedacht,

dass wir in Deutschland die einzigen sind, die bezogen auf ihre Geschichte auch die notwendigen negativen Seiten thematisieren. Wir wissen, dass wir auf uns selbst aufpassen müssen. Und ich hoffe, dass diese Lehre auch von den nachwachsenden Generationen akzeptiert wird. Denn auch die persönliche Unschuld an den Verbrechen und Irrtümern der vergangenen Generationen befreit nicht von dem Bewusstsein der nationalen Gesamtverantwortung für eine friedliche Zukunft.

Aber genau diese Schlussfolgerungen müssen alle überfallenen Länder nicht ziehen. Für sie alle gilt die Verteidigung und emotionale Bindung an ihr Vaterland als unhinterfragbar positiv. Hinter dieser Einstellung steht auch die Praxis, eigene Vergehen nicht zu thematisieren. Wir Deutschen können darüber kaum sprechen, weil dann der Verdacht entsteht, wir wollten die deutschen Taten relativieren. Wir haben es deswegen heute mit einer Situation zu tun, in der in allen Ländern, die das nationalsozialistische Deutschland überfallen hat, der 8. Mai als Tag der Befreiung von den Nazis (vom Faschismus) gesehen und gefeiert wird. Für die westlichen und südeuropäischen Länder ist dies ein selbstverständlicher Akt; für die osteuropäischen Länder ist der nationale Stolz verbunden mit der staatlichen Existenz und der als neu empfundenen Souveränität. Überall geschieht es in demokratischen Formen, auch wenn manche historisch bedingte Ausprägung unter dem entfesselten neoliberalen Kapitalismus zu viel Undurchsichtigkeit und Oligarchendominanz und autoritären Versuchen führt.

Deswegen stellt sich angesichts des gegenwärtigen Krieges Russlands gegen die Ukraine die Frage neu, welches jeweilige Geschichtsverständnis bei den Beteiligten zugrunde liegt. Man muss zunächst verstehen lernen, wie gedacht, interpretiert und gehandelt wird, um ein eigenes Urteil zu fällen. Die dem Wort „verstehen“ auch innewohnende Bedeutung „verstehen gleich billigen und entschuldigen“ allen zu unterstellen, die sich um rationale Aufarbeitung historischer Ereignisse bemühen, ist selbst böswillige Polemik. Als ich in meinem Studium osteuropäische und russische Geschichte zu meinem Schwerpunkt wählte, wollte ich zum

Beispiel das Zarentum nicht billigen, sondern begreifen, welche Folgen das für das russische Staatsverständnis hat. Dabei stößt man auf die Tatsache, dass Russland in den verschiedenen Jahrhunderten, wie alle Länder Europas, eine selbstverständliche autoritäre, ja gewaltsame und unterdrückerische Geschichte hatte. Der russische Staat, sofern er schon institutionell geformt war, war das Instrument der absoluten Herrschaft. Und während sich in Europa mit der aufkommenden Aufklärung im Gefolge des Dreissigjährigen Krieges in je unterschiedlichen Formen herrschaftsbegrenzende Tendenzen entwickelten und in der Französischen Revolution ihren markantesten Ausdruck fanden, blieb diese Entwicklung in Russland aus. Dort wurde die Leibeigenschaft erst 1861 aufgehoben, ohne dass die Bauern eine befriedigende soziale und wirtschaftliche Grundlage hatten. Demokratisches Denken war nicht einmal in der Revolution von 1905 das Hauptthema. Russland ging aus dem Ersten Weltkrieg als Verliererin hervor, die Staatsform wechselte nach einem grauenvollen Bürgerkrieg von der zaristischen Diktatur in die bolschewistische. Bis 1990 blieb Russland in Gestalt der Sowjetunion ein diktatorischer Staat auf der Grundlage einer europäischen Theorie (nämlich des Marxismus, der um russische Bedürfnisse zurechtgebogen wurde zum Marxismus-Leninismus.).

Demokratisches Denken war in Russland und der Sowjetunion nicht verbreitet. Es reduzierte sich auf eine dünne Intellektuellenschicht, die sich im Exil befand.

Und man muss sehen, dass die stalinistische Form mit ihrer grausamen innerparteilichen Verfolgungspraxis, Bauernverfolgung und politischer Unnachgiebigkeit einen nicht sozialistischen Aspekt hatte. Das zaristische Russland und die Sowjetunion hatten zur ideologischen Stabilisierung ihrer Herrschaft immer die Besonderheit ihrer nationalen und kolonialen Vergangenheit im Blick. Die jahrhundertelange allmähliche Ausweitung der russischen Herrschaft war immer mit dem Stolz auf die Leistung dieser Eroberung verbunden. Und die kolonialistische Ausweitung der russischen Herrschaft in Mittelasien, Kaukasien und im Baltikum und auch die Herrschaft über Teile

polnisch sprechender Gebiete hatte immer einen selbstverständlichen Aspekt unter allen Russen. Deswegen konnte 1812 ff. die Napoleonische Aggression mit dem motivierenden Kampfruf des „Vaterländischen Krieges“ bekämpft werden. Denselben Aspekt hatte Stalin im Blick, als er die Soldaten der sowjetischen Armee den Zweiten Weltkrieg als „Großen Vaterländischen Krieg“ erklärte.

Dieses Selbstverständnis, dass Russland beziehungsweise die Sowjetunion um ihre nationale Ehre und ihr vaterländisches Erbe besorgt sein müssen und es sich dafür zu kämpfen lohnt, lebt bis heute fort. Deswegen gilt es bis heute, dass alle gefallenen Soldaten Helden sind und auch so propagandistisch präsentiert werden. Die monumentalen Siegesdenkmäler in Wolgograd, St. Petersburg oder Berlin-Treptow sind Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Die trauernde Mutter, wie sie auf den Denkmälern in Hörsten/Bergen-Belsen oder in Hannover am Maschsee zu sehen sind, sind selten. Wer nicht für das russische/sowjetische Vaterland gefallen ist, sondern in Gefangenschaft geriet, wurde verachtet. Deswegen hat zum Beispiel die sowjetische Regierung niemals den Verwandten mitgeteilt, dass ihre toten Söhne oder Väter tot sind und auf deutschen Friedhöfen liegen, obwohl die Briten ihnen 1945 alle Namen übergeben hatten.

Diesen Aspekt, dass die Ehre und das Selbstverständnis Russlands untrennbar mit den Millionen Opfern des Zweiten Weltkrieges verbunden ist, macht sich auch heute Putin zunutze. Es war der Kampf gegen die Faschisten, Nazis und Kollaborateure und für das Vaterland. Deswegen ist es bis heute von nicht zu unterschätzender Kränkung Russlands, wenn gegenwärtig die Ukrainer darauf bestehen, ihre eigenen Trauerfeiern zu gestalten. Das Gleiche gilt für das nationale Narrativ der anderen osteuropäischen Länder und des Baltikums. In Polen wird mit Stolz darauf verwiesen, dass es Polen gewesen seien, die Europa dreimal gerettet haben, nämlich 1683 vor Wien gegen die Osmanen, 1921 gegen die Sowjetarmee und 1990 durch die Solidarnocs. Die Selbständigkeit eines polnischen Nationalstaats zwischen den Weltkriegen war bei genauem Hinsehen keine demokratische

Erfolgsgeschichte, der deutsche Überfall aber eine unvergessliche Qual, und die kommunistische Herrschaft galt fremdbestimmt. Erst die eigenen Freiheitserfolge der 1980er und 1990er Jahre konnten den Polen ihre volle Souveränität erleben lassen. Diese wollen sie sich unter allen Umständen bewahren. Die historischen Resentiments gegen Russland und Deutschland bleiben erhalten. Die Polen stehen hinsichtlich ihres Geschichtsverständnisses mit dem Rücken sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Russland

Auch die baltischen Staaten haben erstmals seit den 1990er Jahren eigene Souveränität leben können, die sie sich als unmittelbare Nachbarn Russlands nicht nehmen lassen wollen. Die Schwäche Russlands nach 1990 war die Voraussetzung für die Souveränität aller Nachbarstaaten der föderativen Republik Russland. Das gilt auch für Armenien und Georgien. In Erinnerung an die jahrhundertelange imperiale Vorherrschaft im zaristischen und Sowjet-Russland war es eine innere Demütigung vieler Russen, die von außen, nämlich dem Westen unter US-amerikanischer Führung geförderten unabhängigen Staaten außerhalb des eigenen Einflusses zu sehen. Die kam besonders im Verhältnis zur Ukraine zum Ausdruck. Die Ukraine war als Sowjetrepublik schon einmal fast souverän und Mitglied der UNO. Nach den turbulenten kapitalistischen Umwälzungen der 1990er Jahre festigten sich die Unabhängigkeitsgefühle. Dabei muss man wissen, dass es immer eine ultranationale ukrainische Bewegung gab, die auch während der deutschen Besetzung mit den Deutschen kollaborierte. Der heute von ukrainischen Nationalisten verehrte Bandera, vor dessen Denkmal auch der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnik, ehrfurchtsvoll einen Kranz niedergelegt hat, hat mit seiner Organisation die Nationalsozialisten einschließlich der Judenverfolgung unterstützt. So etwas ist der Grund, weshalb heute Putin und der Außenminister Lawrow von den Nazis in der Ukraine reden können. Dass dies offenbar nicht die ganze Wahrheit ist, wird in der russischen Propaganda unterschlagen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Demokratisierungsprozess in der Ukraine seit

30 Jahren viele Aspekte hat. Aber erst die mit vielfacher westlicher geheimer und offizieller Unterstützung erfolgten Unruhen auf dem Maidan haben die Skepsis auf russischer Seite bestärkt und die Gebietsansprüche Russlands auf die Krim sowie auf die östliche Region der Ukraine in Donezk und Luhansk bekräftigt. Es war ein Völkerrechtsbruch, weil Russland in dem Budapester Abkommen die Unantastbarkeit der ukrainischen Grenzen garantiert hatte und dafür die in der Ukraine lagernden sowjetischen Atomwaffen erhielt. Es kann kein Zweifel bestehen, dass der militärische Überfall Russlands in die Ukraine nicht nur ein Völkerrechtsbruch ist, sondern auch eine tiefe Gewaltbereitschaft auf russischer Seite zeigt. Es ist nun interessant, dass zur Begründung dieses Völkerrechtsbruchs die historischen Mythen russischer Geschichte bemüht werden, die die enge Verbindung der Ukraine mit Russland betonen. Der Vorwurf der Nazi-Herrschaft in der Ukraine ist mit Blick auf Bandera und einigen nationalistischen Aktivisten ein probates Mittel zur Herstellung und Stabilisierung des russischen Vorgehens. Dass dieses Vorgehen auch die Unterstützung der russisch orthodoxen Kirche hat, verschafft Putin eine breite inner-russische Resonanz. Zur politischen Beurteilung des kriegerischen Geschehens gehört das Wissen darum, dass sich Putin offenbar an die Prinzipien des imperialen Russlands orientiert, das die Vorherrschaft in den Nachbargebieten für notwendig hält, um die eigene Herrschaft zu sichern und langfristig zu stabilisieren.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen seit dem 24. Februar 2022 haben allerdings in der Ukraine einen Widerstandswillen und ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Ukrainer bewirkt, das alle überrascht. Gerade weil dies so ist, erscheint die gegenwärtige Situation so verfahren. Das putinsche Vorgehen gilt nicht nur dem Geländegewinn im Südosten der Ukraine und der Krim, sondern dient auch der demokratischen und nationalen Entwicklung der Ukraine. Es steht nämlich dem aus imperialem Denken stammende Herrschaftsanspruch entgegen. Andererseits ist der möglich national begründete Demokratisierungsanspruch der Ukraine eine latente Gefahr für die Putinsche Herrschaft in Russland. Die diktatorischen

Maßnahmen bei falschem Sprachgebrauch sind beängstigend. Wenn man in Russland das russische Vorgehen „Krieg“ nennt und nicht „Sonderoperation“, macht man sich strafbar. Das ist mehr als sich die DDR erlaubt hat, wenn man nicht ihre Terminologie benutzte.

Morgen wird es in Moskau wieder eine große Militärparade geben. Der 9. Mai 1945 ist seit Stalins Zeiten der Tag der Befreiung vom Faschismus. Es wird wieder der Große Vaterländische Krieg beschworen als Ausdruck nationaler Größe. Der militärische Aspekt hat in den letzten Jahren eine immer stärkere Betonung erfahren. Wenn entgegen offenbar erwarteter Schwäche der Ukraine kein sichtbares und propagandistisch verwertbares Ergebnis vorliegt, wird es für die ganze Welt gefährlich. Jede politische Perspektive muss im Blick haben, dass es legitime Sicherheitsinteressen jedes Staates gibt. Das geltende Völkerrecht geht von der Unberührbarkeit des Territoriums eines jeden souveränen Staates aus. Dies zu ändern ist nur einvernehmlich und in Abstimmung mit der UNO möglich. Wenn sich ein Staat wie Russland gegenwärtig in der Ukraine, Georgien und Moldau (Transnistrien) gewaltsam durchzusetzen versucht, ist dies nicht zu dulden. Dennoch muss der Westen, einschließlich der USA und der EU darauf achten, dass nicht gesellschaftliche und innerstaatliche Entwicklungen gefördert werden, die wiederum als Einmischung verstanden werden können. Dass die NATO nach den 1990er Jahren alle mitteleuropäischen Staaten, die zur Sowjetunion gehörten, in sich aufgenommen hat, muss verständlicherweise einem aus altem imperialem Denken kommenden Menschen missfallen. Das zu verstehen heißt nicht, es zu billigen. Aber ohne gegenseitige Garantien wird es nicht gehen. Jürgen Habermas hat vor einigen Tagen stirnrunzelnd darauf hingewiesen, dass die ausschließlich vorgetragenen moralischen Maßstäbe zur Bewertung der Vorgänge einen Zug der Selbstgerechtigkeit tragen. Deswegen ist es richtig, die demokratischen Werte, die auch den Wert und den Schutz des Lebens einschließen, nicht selbst gewaltsam und selbstgerecht vorgebracht werden.

So bleibt der 8. Mai für alle der Tag der Befreiung vom Faschismus. Aber Struktur und Herkunft des russischen Denkens erlauben es nicht, das militärische Vorgehen so zu begründen, als ginge es heute in der Ukraine wie im Großen Vaterländischen Krieg um die Befreiung vom Faschismus. Befreiung vom Faschismus heißt auch, sich gegen den Missbrauch des Vokabulars zu wenden.

Befreiung vom Faschismus bedeutet auch, aus der Geschichte für die Gegenwart und Zukunft die Lehre zu ziehen, nicht falsche Begründungen und Vokabeln zu benutzen, um höchst fragwürdige politische Absichten zu verdunkeln. In dem Begriff der Freiheit steckt nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch die Verantwortung dafür, dass Geschichte nicht missbraucht wird. Deswegen wird der 8. Mai wohl noch lange nicht nur ein Tag der Befreiung vom Faschismus sein müssen, sondern auch ein Tag der Besinnung auf vergangenes Leid, das wir in der Zukunft verhindern wollen.

Und das ist gut so. ■